

INI2 Initiativantrag Dienstpflicht? - Nein, danke! Boomer.

Antragsteller*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 5 Leitantrag und Initiativanträge

Antragstext

- 1 Das Sommerloch grüßt. Anders kann man nicht erklären, dass schon wieder
2 Forderungen nach einer allgemeinen Dienstpflicht auftauchen.
- 3 Während der Corona-Pandemie waren es gerade junge Menschen, deren Leben durch
4 die Einschränkungen auf den Kopf gestellt wurden. Keine Schule, kein Sport,
5 keine Freizeit, keine Partys, keine Treffen mit Freund:innen. Ihre Perspektive
6 kam in den Debatten kaum vor, trotzdem haben sie die Schutzmaßnahmen
7 mitgetragen. Jetzt ein Pflichtjahr zu fordern, ist schlichtweg
8 Jugenddiskriminierung. Vielmehr brauchen wir eine stärkere Lobby für Kinder,
9 Jugendliche und junge Menschen. Ihre Interessen sind es wert vorangestellt zu
10 werden.
- 11 Stattdessen soll nun ein weiterer Schritt zur Ökonomisierung und Verwertbarkeit
12 des Lebens von Jugendlichen und jungen Menschen gegangen werden. Ein freies und
13 selbstbestimmtes Leben sieht anders aus. All die Einrichtungen, die angeblich
14 davon profitieren, wenn junge Menschen gezwungen würden, dort für ein Jahr zu
15 arbeiten, brauchen viel eher bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und mehr
16 ausgebildetes Personal. Nur so kann der Gesundheits- und Sozialbereich
17 attraktiver werden. Billige Ersatz-Arbeitskräfte oder schlecht bezahlte
18 Laienarbeiter:innen lösen keine Fachkräfteprobleme, sondern befördern nur
19 prekäre Arbeit.
- 20 Junge Menschen müssen auch nicht verpflichtet werden, sich für die Gesellschaft
21 zu engagieren - das tun sie in der Regel ohnehin. Oftmals können sie sich aber
22 genau das gar nicht leisten, weil die ehrenamtliche Arbeit zu wenig Anerkennung
23 erfährt und zu gering entschädigt wird. Statt eines Pflichtdienstes brauchen wir
24 daher eine faire Aufwandsentschädigung für Freiwilligendienste. Für 300 Euro ist
25 kein selbstbestimmtes Leben möglich.
- 26 Es kann nicht allein die Aufgabe junger Menschen sein, den Zusammenhalt in der
27 Gesellschaft zu stärken. Zudem haben weder Wehr- noch Zivildienst bis vor 11
28 Jahren eine gesellschaftliche Spaltung aktiv verhindert. Deshalb lehnen wir die
29 Idee eines allgemeinen Pflichtdienstes für junge Menschen ab. Macht
30 ehrenamtliche Arbeit attraktiver und vereinbar mit Beruf und Familie, aber lasst
31 uns frei entscheiden, was wir mit unserem Leben anfangen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Beschluss

Initiativantrag Klimaschutzgesetz novellieren statt abschaffen: Ambition erhöhen, Planbarkeit stärken und Rechtsverbindlichkeit durchsetzen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 5 Leitantrag und Initiativanträge

Antragstext

- 1 Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Generation. Er stellt
- 2 uns als Sozialdemokrat:innen und Gesellschaft vor zahlreiche Herausforderungen.
- 3 Von der sozialen Gestaltung der Energiewende über eine völlige Neuordnung des
- 4 Verkehrssystems bis zur Einhaltung der Pariser Klimaziele gibt es zahllose
- 5 Aspekte, die wir umsetzen und gestalten müssen.
- 6 Die bestehenden Gesetze zum Klimaschutz, darunter auch das Klimaschutzgesetz
- 7 (KSG), werden diesem Anspruch nicht in ausreichendem Maße gerecht: Zwar legt das
- 8 KSG jahresscharfe Klimaschutzziele für das gesamte Land, wie auch für einzelne
- 9 Sektoren, fest, jedoch sind weder die Zielsetzungen noch der
- 10 Umsetzungsmechanismus ausreichend um vorausschauend und planbar Emissionen zu
- 11 senken. Überschreitet ein Sektor seine zulässigen Jahres-Emissionsmengen muss
- 12 das zuständige Ministerium innerhalb von drei Monaten in Abstimmung mit dem
- 13 Expertenrat für Klimafragen ein Sofortprogramm vorlegen, um die Ziele in den
- 14 nächsten Jahren wieder zu erreichen. Die zu viel ausgestoßenen Emissionen eines
- 15 Jahres werden dann von den zulässigen Emissionen der Folgejahre abgezogen, bis
- 16 die Ziele wieder erreicht werden.
- 17
- 18 Dieses Vorgehen schafft zwar planbaren Fortschritt in allen Sektoren hat sich in
- 19 der Vergangenheit aber als realitätsfern erwiesen: So wurde das
- 20 Klimaschutzs Sofortprogramm für das Jahr 2020 erst mit deutlicher Verzögerung und
- 21 gegen den Willen des Expertenrats für Klimafragen beschlossen und hat bis heute
- 22 nicht zur Wiedereinhaltung der entsprechenden Ziele geführt. Eilig
- 23 zusammengeschriebene und teure Sofortprogramme in jedem Jahr machen deshalb
- 24 keinen Sinn. Stattdessen braucht es eine langfristige Anpassung von
- 25 Politikmaßnahmen und ein regelmäßiges Monitoring auf ihre Wirksamkeit.
- 26
- 27 Außerdem hat das KSG ein Rechtsschutzproblem. Bürger:innen ist es gemäß § 4
- 28 Abs. 1 S. 7 KSG verwehrt Verstöße gegen das KSG vor Gericht zu bringen. Damit
- 29 sind insbesondere die Möglichkeiten, jüngerer und von Armut bedrohter oder
- 30 betroffener Menschen, ihre Rechte mit Blick auf den Klimaschutz zu verfolgen,
- 31 erheblich eingeschränkt.
- 32 Mit den Festlegungen des Fit-For-55-Pakets auf Ebene der Europäischen Union und
- 33 Veränderungen in den Bundesländern stellt sich zudem immer mehr die Frage nach
- 34 der Angemessenheit der Zielsetzungen des deutschen Klimaschutzgesetzes: So
- 35 strebt die Bundesrepublik Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 an, während
- 36 gleichzeitig vier Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz,
- 37 Mecklenburg-Vorpommern) Klimaneutralität bereits bis spätestens 2040 anstreben.

38 Darüber hinaus kommen die Zielsetzungen der Europäischen Union, die zwar das
39 Zieljahr 2050 anstreben, aber mit Blick auf den Lastenteilungsmechanismus
40 (Effort Sharing) zwischen den EU-Mitgliedsstaaten bereits zu früheren
41 Emissionsminderungen und dem Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland
42 führen wird. Es bedarf also erneut einer Anpassung der Ziele, um tatsächlich
43 einen fairen Beitrag zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels leisten zu können!
44 Unabhängig davon können Festlegungen im Klimaschutzgesetz nur den übergeordneten
45 Rahmen für die Erreichung von Klimaszutzzielen darstellen und Konsens zwischen
46 allen staatstragenden Parteien sein. Die Umsetzung konkreter Maßnahmen kann und
47 sollte jedoch auch in Zukunft in den Bereich anderer Gesetze und Verordnungen
48 fallen und nicht mit dem Klimaschutzgesetz vermischt werden.

49
50 Wir fordern daher, das Klimaschutzgesetz zu novellieren und insbesondere
51 folgende Punkte zu berücksichtigen:

- 52 • die Verschärfung der Klimaschutzziele: Statt wie bisher eine
53 Treibhausgasreduktion um 65% bis 2030 (ggü. 1990) anzustreben, muss das
54 Ziel auf mindestens 70% - 75% erhöht werden und das Zieljahr der
55 Klimaneutralität von heute 2045 auf einen Zielkorridor zwischen 2035 und
56 2040 festgelegt werden. Die zulässigen sektorspezifischen
57 Jahresemissionsmengen werden entsprechend angepasst.
- 58 • die Anpassung des Sofortprogramm-Mechanismus: Die jährlichen
59 Sofortprogramme bei Zielverfehlung in einem Sektor sollen durch ein
60 vorausschauendes, sektorübergreifendes Sofortprogramm auf Basis des
61 zweijährlichen Prognoseberichts des Umweltbundesamtes zu Fortschritten im
62 Klimaschutz ersetzt werden. Denn statt bloß nachzubessern, wollen wir
63 Zielverfehlungen von vornherein vermeiden!
- 64 • Bürger:innen müssen die Möglichkeit haben, Verstöße gegen das
65 Klimaschutzgesetz vor Gericht zu beklagen und so aktive Veränderungen des
66 Regierungshandelns zu erwirken.

Begründung

Die Ampel-Koalition hat von der letzten Bundesregierung ein großes Pfand in Sachen Klimaschutz geerbt: Deutschland hat seine Treibhausgasemissionen seit 1990 um nicht einmal 40% gesenkt und ist auf dem besten Weg seine zukünftigen Klimaziele zu verfehlen - und selbst die sind noch nicht einmal ausreichend!

Deshalb wird in der Bundesregierung gerade über ein neues Klimaschutzsfortprogramm diskutiert, um die dringendsten Gesetzesänderungen noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen. Doch statt konstruktiv an der Überwindung der Klimakrise zu arbeiten torpediert die FDP die Arbeit an dem Programm. Insbesondere das Klimaschutzgesetz wird dabei von Lindner und Co. immer wieder torpediert und soll nach deren Vorstellung am liebsten auf ein Minimum zurückgefahren oder gar ganz abgeschafft werden. Dem stellen wir uns klar entgegen!

Statt der Aufweichung des Klimaschutzgesetzes wollen wir einen klaren Rahmen schaffen, um Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und mit einem ambitionierten Sofortprogramm unverzüglich in allen Bereichen die Weichen zu stellen, um endlich ins Handeln zu kommen!